

Christian Henrich-Franke

Die Erfindung Nordrhein-Westfalens auf der Ultrakurzwellen

Transnationale technologische Entwicklungen und die
Fragmentierung des Europäischen Rundfunkraums

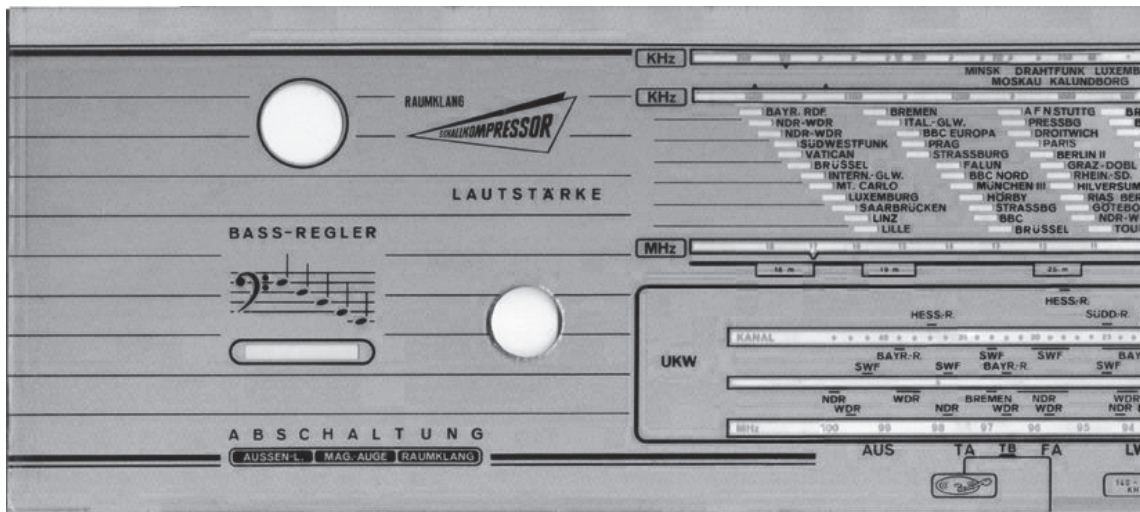
Einleitung

Seit seiner Erfindung im frühen 20. Jahrhundert war der Rundfunk ein transnationales europäisches Medium, welches sich schnell als Leitmedium der Zeit etablierte und dem eine zentrale Funktion in der gesellschaftlichen Kommunikation zukam.¹ Programme wurden auf Lang- und Mittelwellen gesendet und in fast ganz Europa empfangen – unabhängig von ihrem eigentlichen Ursprungsort. Der Rundfunk ermöglichte es den Zuhörern ‚Europa‘ zu Hause im Wohnzimmer zu erleben – man musste lediglich die Frequenz wechseln. Die Empfangsskala am Radiogerät fungierte so als ein Kursbuch für eine imaginäre Reise durch den Äther, auf der Kopenhagen, Stockholm, Rom oder Brüssel nur eine kurze Drehung voneinander entfernt lagen.

Die technische wie juristische Koordination der europäischen Rundfunksender fiel schon im frühen 20. Jahrhundert in den Aufgabenbereich internationaler Organisationen wie dem Internationalen Rundfunkverband oder der Internationalen Telekommunikationsunion.² Diesen Organisationen gelang es, abgegrenzte nationale Rundfunknetze zu einem europäischen Netz zu verknüpfen. Gleichzeitig wurde die Programmproduktion national organisiert. Nationale Autoritäten kontrollierten dieses neue Medium, dem sie eine enorme Bedeutung für die Schaffung und Aufrechterhaltung nationaler Kommunikationsräume wie auch nationaler Identitäten zusprachen. Die Hörer erlebten gleichzeitig dieselben Inhalte

¹ Jürgen Wilke, Leitmedien und Zielgruppenorgane, in: ders. (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 302–329.

² Nina Wormbs, Standardising Early Broadcasting in Europe: A Form of Regulation, in: Andreas Fickers (Hg.), Bargaining Norms/Arguing Standards, Den Haag 2008, S. 112–120.



Empfangsskala der Graetz Melodia (Baujahr 1958)

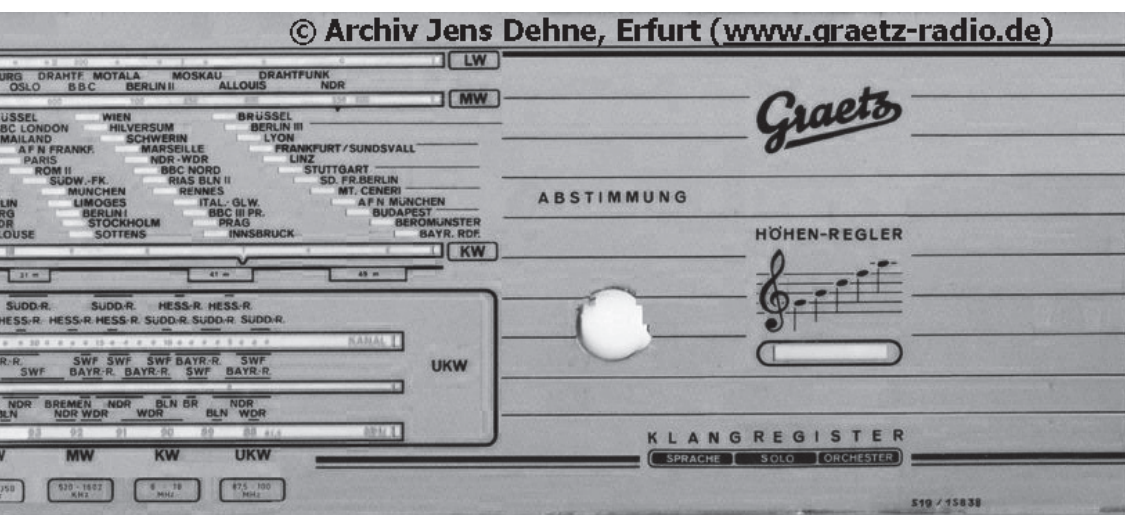
und formten so, wie Benedict Anderson betont,³ eine imaginierte Gemeinschaft. Hierdurch entstanden in der alltäglichen Interaktion mentale Räume, in denen spezifische Identitäten konstruiert und bestätigt wurden. Zwar bevorzugte die Mehrheit schon aufgrund der Sprache nationale Programme, dennoch hatte der Rundfunk das Potential europäische Identifikationsräume zu schaffen, weil die Zuhörer technisch in der Lage waren, Programm aus dem europäischen Ausland zu empfangen und diese auch hörten.⁴ Hinzu kamen europäische Rundfunkeignisse wie die ‚Nuits Nationales‘ oder die ‚Concerts Européens‘, bei denen die Rundfunkanstalten unter Koordination der Internationalen Rundfunkunion in den 1920er und 1930er Jahren im monatlichen Rhythmus Musikprogramme gleichzeitig an ein pan-europäisches Publikum ausstrahlten.⁵ Gleichwohl wurde der Rundfunk ab Mitte der 1930er Jahre zunehmend zu Propagandazwecken genutzt.

In den 1950er Jahren wurde diese Ordnung durch den UKW-Rundfunk in Frage gestellt, der auf ultrakurzen Frequenzen Programme nicht länger quer durch Europa verbreitete. UKW-Programme überschritten allenfalls regionale Grenzen,

³ Benedict Andersen, *Imagined Communities*, London 1994.

⁴ Jennifer Spohrer, *Ruling the Airwaves: Radio Luxembourg and the Transnational Construction of European National Broadcasting, 1929–1950*, Columbia 2007.

⁵ Andreas Fickers; Suzanne Lomers, *Eventing Europe: Broadcasting and the mediated performances of Europe*, in: Alexander Badenoch; Andreas Fickers (Hg.), *Europe Materializing*, London 2010.



da ihre Reichweite durch technisch-physische Eigenschaften selbst bei maximaler Antennenhöhe auf einen regionalen Radius von max. 200 km beschränkt war. Die imaginäre Reise durch den Äther startete nun in Köln und verlief über Frankfurt, Hamburg und Baden-Baden bis maximal nach München. Neben nationalen konnten nun auch regionale⁶ Kommunikationsräume und imaginierte Gemeinschaften geschaffen und die Herausbildung regionaler Identitäten gefördert werden.

Blickte der Rundfunk in Deutschland ohnehin auf eine Tradition regionaler Rundfunkstrukturen während der Zwischenkriegszeit zurück, so übte der UKW-Rundfunk darüber hinausgehend eine enorme Attraktivität auf die Länder der neuformierten Bundesrepublik aus. Dies galt insbesondere für Nordrhein-Westfalen, das erstmals auf der europäischen Landkarte auftauchte, nachdem die britische Militärregierung es am 23. August 1946 gegründet hatte. Ohne gemeinsame Geschichte oder Traditionen, auf die sich die drei vorherigen Teile der neuen politischen Einheit – Rheinland, Westfalen und Lippe – berufen konnten, fehlte den Einwohnern des neuen Landes auch jegliche Identität oder Landesbewusstsein. Der Rundfunk bot sich hier als Identitätskonstrukteur besonders gut an.

Das Ziel dieses Aufsatzes ist es zu untersuchen, wie das Streben nordrhein-westfälischer Politiker und Rundfunkbetreiber nach regionalem Rundfunk den Europäischen Rundfunkraum als Ganzes gleichzeitig fragmentierte wie auch inte-

⁶ Wenn in diesem Aufsatz von der Region oder regionalen Räumen gesprochen wird, sind damit immer sub-nationale Einheiten wie etwa Bundesländer gemeint.

grierte. Um diese in Wechselbeziehungen stehenden Prozesse von Fragmentierung und Integration genauer zu beleuchten, soll eine Drei-Ebenen-Betrachtung vorgenommen werden, bei der die Entwicklungen auf einer technischen Ebene, d. h. von Rundfunktechnologie, auf einer institutionellen Ebene, d. h. von Rundfunkorganisationen, und auf einer inhaltlichen Ebene, d. h. von Rundfunkprogrammen, näher betrachtet werden. Fragmentierung und Integration stellen sich dabei auf jeder der drei Ebenen in ganz unterschiedlicher Ausprägung dar. Generell steht Integration für Vereinheitlichung und Kommunikationsintensivierung, während Fragmentierung für Diversität und Kommunikationsabnahme steht. Der geplante Untersuchungszeitraum deckt die Jahre 1946 bis 1955 ab, da in diesem Jahr der WDR als unabhängige Rundfunkanstalt Nordrhein-Westfalens gegründet wurde.

Ganz allgemein sind der NWDR und die Gründung des WDR prominente Themen der rundfunkhistorischen Forschung. Erst kürzlich ist ein zweibändiger Sammelband zur Geschichte des NWDR erschienen, der viele Aspekte auch zur Gründung des WDR detailliert bearbeitet.⁷ Allerdings kommen in den vorliegenden Arbeiten drei Aspekte zu kurz, die in diesem Beitrag in den Vordergrund gerückt werden. Erstens soll die europäische Dimension des Themas betont werden, die in einer primär national orientierten Rundfunkgeschichtsschreibung bisher zu kurz kam. Zweitens soll die technikhistorische Perspektive gestärkt werden, die bisher eher als Randphänomen wahrgenommen wurde. Drittens soll durch den gewählten methodischen Ansatz die Interdependenz technischer, politischer und kultureller Faktoren herausgearbeitet werden.

Rundfunk in Nordrhein und Westfalen in der Nachkriegszeit

Die Wurzeln des regionalen Rundfunks im Gebiet Nordrhein-Westfalens reichen zurück in die 1920er Jahre. Die 1924 gegründete Westdeutsche Funkstunde AG in Köln hatte sich schon in der Frühphase des Rundfunkbetriebs zu einem zentralen Element der europäischen Rundfunklandschaft entwickelt. Ihr stand mit der Mittelwelle 658 MHz sogar eine Sendefrequenz zur Verfügung, die in den Punkten der Übertragungsqualität und des großräumigen Sendegebiets als eine der bevorzugten Frequenzen in Europa galt. Folglich erreichte die Westdeutsche Funkstunde in der Zwischenkriegszeit mit ihrem Programm ein pan-europäi-

⁷ Peter von Rüdén; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Band 1, Hamburg 2005; Peter von Rüdén; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Band 2, Hamburg 2008.

ches Publikum, da das Abdeckungsgebiet der Mittelwelle sehr weiträumig war.⁸ Bemerkenswerterweise entsprach das Versorgungsgebiet⁹ nahezu komplett dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde der Sendebetrieb auf dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens am 26. September 1945 wieder aufgenommen, nachdem die britische Militärregierung den Sendemast Langenberg provisorisch wiedererrichtet hatte. Auf Betreiben der Britischen Kontrollkommission gliederte man die Kölner Rundfunkstation organisatorisch in den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) ein. Dieser errichtete seine technische, administrative und programmproduzierende Zentrale in Hamburg, da die dortigen Sendeanlagen nach den Zerstörungen des Krieges noch weitgehend intakt geblieben waren. Von Hamburg aus hatte man schon am 4. Mai 1945 – unmittelbar nach Einnahme der Stadt durch die britischen Truppen – den Sendebetrieb wieder aufnehmen können. Hier liefen die Informationsstränge der Militärregierung zusammen und so wurde auch an diesem Ort die Nachrichtenzentrale errichtet. Die organisatorische Struktur des NWDR wurde dem zentralistischen Aufbau der BBC nachempfunden. Der Leiter der britischen Kontrollkommission für den Rundfunkbetrieb Hugh Carleton Greene hoffte den NWDR auf diese Weise zu einem ähnlich unabhängigen, demokratischen Akteur entwickeln zu können, wie es die BBC in Großbritannien war. Die Hauptaufgabe des NWDR sollte zunächst darin bestehen, die Britische Besatzungszone – immerhin ein Gebiet, das die späteren Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie mit einer Sonderstellung Berlin – umfasste, mit einem einzigen Rundfunkprogramm zu versorgen. Dieses sollte objektiv und ‚realitätsnah‘ sein sowie darüber hinaus dazu beitragen, das deutsche Volk zu erziehen, indem es ihm demokratische Werte vermittelte.¹⁰ Nichtsdestotrotz lag es in der Intention Greenes, dass der Sender von der deutschen Bevölkerung als „essentially their own“ betrachtet werden sollte und die britische Programmzensur recht schnell von einer Vorzensur in eine Nachzensur übergehen sollte.¹¹

Die Kölner Sendestation ordnete man der Hamburger Zentrale eher unscharf unter. Sie war deshalb „neither a completely regional station, nor did it have the

⁸ Winfried Lerg, Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland, Frankfurt 1970.

⁹ Als Versorgungsgebiet wird der geographische Raum bezeichnet, in dem die Hörer (Zahler von Rundfunkgebühren) ein Recht besaßen, den entsprechenden Sender zu empfangen. Das Abdeckungsgebiet bezeichnet den Raum, in dem das Programm technisch in hörbarer Qualität empfangen werden kann.

¹⁰ Florian Huber, Re-education durch Rundfunk. Die Umerziehungspolitik der Britischen Besatzungsmacht am Beispiel des NWDR 1945–1948, Hamburg 2006.

¹¹ Ausspruch des Leiters der Abteilung PR/ICS, Bishop, über die Rolle des NWDR. Zitiert nach: Hans Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945 (Bd. 1). 1945–1962, München 1982, S. 23.

full autonomy or programme representation of a main station.¹² Allerdings entstanden von Beginn an Unstimmigkeiten zwischen Hamburg und Köln, die sich nicht zuletzt in einem einseitigen Informationsfluss über interne Programmangelegenheiten zu Ungunsten Kölns äußerten.¹³ Eventuelle Wünsche nach einem regionalen Programmangebot plante Greene in einem zukünftigen zweiten Programm zu befriedigen. Bemerkenswerterweise übernahm der Deutschlandservice der BBC die gute ehemalige Sendefrequenz 658 kHz und gestattete dem NWDR lediglich die Nutzung der Frequenzen 901 kHz und 1.330 kHz, die in ihren Sendeeigenschaften von deutlich geringerer Qualität waren.

Schon im November 1946 forderte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, Rudolf Amelunxen, im Auftrag des Landtags erstmals die komplette Abspaltung der Kölner Sendestation vom NWDR. Seine Forderung untermauerte er mit der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Region sowie mit der Tradition des regionalen Rundfunks in Köln, der schon 1924 mit der Westdeutschen Funkstunde zu den Pionieren des Rundfunks überhaupt zählte, und mit den kulturellen Unterschieden zum norddeutschen Raum.¹⁴ Darüber hinaus führte er die hohe Einwohnerzahl des Landes an, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung der britischen Besatzungszone lebte. Seinerzeit zielte Amelunxen noch nicht auf eine identitätsstiftende Funktion einer eigenen Radiostation ab,¹⁵ da viele führende Politiker im Bindestrichland Nordrhein-Westfalen lediglich eine provisorische Übergangslösung bis zur Wiedervereinigung der vier Besatzungszonen sahen. Die britische Kontrollkommission lehnte die Forderung Amelunxens jedoch ab und führte als offizielle Begründung die begrenzte Zahl der verfügbaren Rundfunkfrequenzen im Europäischen Rundfunkraum an, die eine nordrhein-westfälische Unabhängigkeit nicht zulasse und obendrein aus programmökonomischen Überlegungen heraus auch gar nicht sinnvoll sei. Freilich entsprach eine regionale Rundfunkstruktur auch nicht der grundsätzlichen rundfunkpolitischen Überzeugung auf britischer Seite. In Nordrhein-Westfalen konnten selbst die eifrigsten Verfechter eines unabhängigen Rundfunkbetriebs das Argument der Frequenzknappheit nicht zurückweisen. So lange, wie die Rundfunkfrequenzen

¹² Alexander Badenoch, *Echoes of Days: Reconstruction National Identity and Everyday Life in the Radio Programmes of Occupied Western Germany 1945–1949*, Southhampton 2003, S. 263.

¹³ Wagner, Hans-Ulrich, *Produktiver Wettstreit: das Funkhaus in Köln*, in: Peter von Rüdén; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), *Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*, Hamburg 2005, S. 223–241.

¹⁴ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 60-325, Schriftliche Anfrage des Ministerpräsidenten, Amelunxen, bei der Britischen Hohen Kommission.

¹⁵ Entwurfsfassung der Anfrage bei der Britischen Hohen Kommission. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 60-327.

im Lang- und Mittelwellenbereich noch nicht neu verteilt worden waren, so lange ließ das Verfügbarkeitsargument jegliche Forderungen aus Nordrhein-Westfalen verstummen. Sie sahen sich mit einer technischen Realität konfrontiert, die ihren Argumenten die Grundlage raubte.

Die Reorganisation des Rundfunks in Europa: Die Kopenhagener Wellenkonferenz

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte der Rundfunkvertrag von Luzern aus dem Jahr 1933 weiterhin die juristische Grundlage sämtlicher Frequenznutzungen im Mittel- und Langwellenbereich zu Rundfunkzwecken dar. Eine Reihe von Ursachen wie etwa veränderte Grenzen innerhalb Europas, Innovationen in der Übertragungstechnik, z. B. Richtantennen und Gleichwellenrundfunk, und die Expansion des Rundfunks als Informations- und Propagandamedium während des Zweiten Weltkriegs erforderten nun eine grundlegende Revision der Regelungen über die Nutzung von Rundfunkfrequenzen in Europa. Nach dem Krieg litten die gesamten Rundfunkübertragungen unter einem hohen Niveau gegenseitiger Störungen, weshalb sich die Empfangsqualität enorm verschlechtert hatte. Die Internationale Telekommunikationsunion beschloss deshalb, eine Konferenz für die Revision des Luzerner Abkommens für 1948 nach Kopenhagen einzuberufen.

Die Delegierten der Konferenz sahen sich mit einer äußerst schwierigen Aufgabenstellung konfrontiert. Die europäischen Staaten wünschten mehr als 500 Frequenzanmeldungen in einen Verteilungsplan einzubauen, der selbst bei präzisester technischer Ausformulierung maximal 15 Lang- und 121 Mittelwellen anbot. Eine derartige Diskrepanz von Angebot- und Nachfrage schloss eine zufriedenstellende Lösung der Verteilungsproblematik von vornherein aus. Sogar Staaten, die dann auf der Kopenhagener Konferenz vergleichsweise viele Frequenzen zugeteilt bekamen, konnten nicht länger eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit einer hohen Übertragungsqualität garantieren.¹⁶

Die Ergebnisse der Kopenhagener Konferenz trafen die deutschen Rundfunkbetreiber besonders hart: Die Konferenzteilnehmer einigten sich mehrheitlich darauf, Deutschland auf ein ‚technisches Minimum‘ zu begrenzen, das sie als Ausstrahlung von einem Programm pro Besatzungszone auf Mittelwelle definierten.¹⁷ Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg spiegelte sich damit auch im Rund-

¹⁶ Franke, Christian, Die europäische Rundfunkfrequenzverteilung und die Entwicklung des regionalen Rundfunks in Nordrhein-Westfalen, in: *Interregiones*, (13) 2004, S. 51–70.

¹⁷ Sveriges Riksarkiv (Arninge), Televerket, Ekonomibyran 1941–1967, F IV bh, 1–28, Bericht der schwedischen Delegation über die Kopenhagener Konferenz (undatiert).

funk wider.¹⁸ Selbst diese Minimalversorgung konnte jedoch unter technischen Gesichtspunkten nicht realisiert werden. Sogar der französische Vorsitzende der technischen Direktion der Europäischen Rundfunkunion d'Auriac kritisierte den Plan, weil „for Germany alone the de jure situation created by the Copenhagen Plan is in no way correspondent with the de facto situation.“¹⁹ D'Auriac befürchtete, dass die deutschen Rundfunkbetreiber nun zu einer illegalen Nutzung von Rundfunkfrequenzen genötigt würden, die sich dann negativ auf den gesamten Rundfunkbetrieb im Europäischen Rundfunkraum auswirken würde.

Die britische Besatzungszone bekam in Kopenhagen die Frequenzen 971 kHz und 1586 kHz zugeteilt, die mit einer vergleichsweise schwachen Sendeleistung von 70 kW genutzt werden durften, da die Frequenzen mit anderen Staaten zu teilen waren.²⁰ Noch während der Kopenhagener Verhandlungen hatte sich damit abgezeichnet, dass die flächendeckende Versorgung Nordrhein-Westfalens mit auch nur einem einzigen Programm technisch schwierig zu realisieren war. Als sich alle Klagen der britischen Delegation gegen diese Zuteilung letztlich als erfolglos erwiesen hatten, reservierte sich die britische Regierung im Abschlussabkommen der Konferenz zumindest noch das Recht, unilateral die Mittelwellenzuteilung für ihre Besatzungszone zu verändern, sobald sie dies für erforderlich hielt.²¹ Nichtsdestotrotz wurde später der Gebrauch zusätzlicher Frequenzen mit anderen Staaten (West-)Europas abgestimmt, da nur so ein integrierter Rundfunkraum in Europa erhalten bleiben konnte. Schließlich war dies nach der Meinung des britischen Außenministeriums „for the common good of Europa“,²² denn jegliche unkoordinierte Nutzung von Rundfunkfrequenzen resultierte zwangsläufig in einer Sendebeeinträchtigung anderer Rundfunkstationen. Der NWDR wurde auf diese Weise bei Inkrafttretung des Kopenhagener Wellenplans am 15. März 1950 in die Lage versetzt, fünf weitere Frequenzen mit einer extrem niedrigen Sendeleistung zu nutzen. Eine Fernwirkung erzielte man aufgrund der geringen Sendeleistung freilich nicht, so dass Störungen von Rundfunkübertragungen im europäischen Ausland ausgeschlossen waren – allerdings konnte zumindest die

¹⁸ Knut Hickethier, Apparaturen der Klang erzeugenden Weltvermittlung. Zur Technikgeschichte des NWDR-Hörfunks, in: Peter von Rügen; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Band 2, Hamburg 2008, S. 90–104.

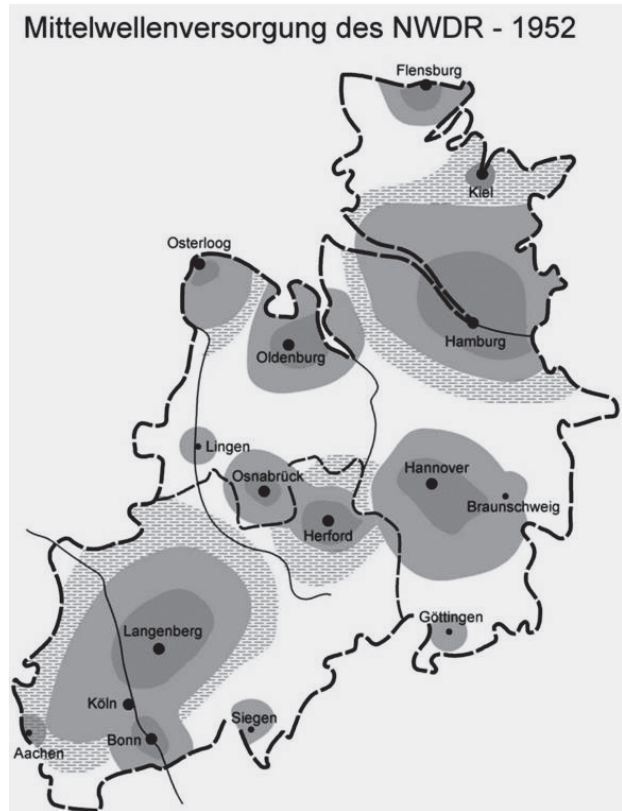
¹⁹ Anglés d'Auriac, ‚Hopes and Fears of the Copenhagen Plan‘, in: EBU Bulletin, Vol. 1 (1950–1951), S. 2.

²⁰ Eine Reallokation von Rundfunkfrequenzen war im Prinzip ein technisch einfaches Unterfangen, da binnen Sekunden jede beteiligte Rundfunkorganisation ihre Frequenznutzung ändern konnte.

²¹ National Archives, London, FO 371/70327, Bericht über ein interministerielles Treffen im britischen Außenministerium, 13.9.1948.

²² National Archives, London, FO 1059/278, Bericht über interministerielle Gespräche.

*Empfangsgebiete des
NWDR-Mittelwellen-
programms*



flächendeckende Grundversorgung Nordrhein-Westfalens mit einem Programm bei niedriger Empfangsqualität sichergestellt werden. In Nordrhein-Westfalen stellte der NWDR in Aachen (2kW), Bonn (5kW), Herford (2kW), Kleve (0,4kW), Münster (0,4kW) und Siegen (2kW) fahrbare ehemalige Soldatensender in Betrieb.²³

Der Kopenhagener Wellenplan zerschlug alle Hoffnungen, die die Befürworter des regionalen Rundfunks in Nordrhein-Westfalen mit einer Reallokation der Rundfunkfrequenzen verbunden hatten. Die in Kopenhagen geschaffenen technischen und rechtlichen Realitäten verhinderten eine Abtrennung Nordrhein-Westfalens vom Sendeverbund des NWDR. Ausschließlich im gesamten Gebiet der britischen Besatzungszone konnten die technisch notwendigen Koordinationsdistanzen eingehalten werden, um die vorhandenen Frequenzen mit leistungsschwachen Sendestationen mehrfach zu nutzen und so zumindest die minimale Grundversorgung zu gewährleisten. Eine Auseinanderschaltung der vorhandenen

²³ Dieter Hoff, 'Reichweiten und Standorte. Die Entwicklung der Technik', in: Walter Först (Hg.), *Rundfunk in der Region*, Köln 1984, S. 123–186.

Frequenzen für die Übertragung separater regionaler Programme hätte zwangsläufig einen Verzicht auf die annähernde Vollversorgung des Sendegebietes zur Folge gehabt. Insbesondere in den Randgebieten um Aachen, Bonn, Kleve und Siegen wäre der Empfang unmöglich gemacht worden.²⁴ Neben den enormen finanziellen Kosten, die eine solche Lösung verursacht hätte, war diese für die britische Militärverwaltung auch „politically most unsatisfactory“,²⁵ da sie weiterhin ein zentralistisches Rundfunkmodell bevorzugte. Jedes regionale Programm, das sich ausschließlich an nordrhein-westfälische Zuhörer wandte, musste deshalb ein Bestandteil des NWDR-Gesamtprogramms sein. Immerhin erhielt Nordrhein-Westfalen mit der 15-minütigen Landessendung „Aus unserem westdeutschen Tagebuch“ ein eigenständiges Format. In der Folgezeit sollten die technischen Realitäten und das Empfinden einer permanenten Unterrepräsentanz im NWDR-Programm einen konstanten Anlass für Kritik unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in Nordrhein-Westfalen wie der Kirchen, Parteien, der Presse oder Verbände liefern.²⁶

Alles in allem limitierten die technischen Realitäten das zukünftige Entwicklungspotential des Lang- und Mittelwellenrundfunks in Europa erheblich. Die Kopenhagener Konferenz hatte mehr als deutlich signalisiert, dass die technisch begrenzten Kapazitäten der Lang- und Mittelwellenbänder den zunehmend steigenden Bedarf nach Rundfunkfrequenzen in Europa nicht länger befriedigen konnten. Auswege aus diesem Dilemma boten entweder die Zuweisung neuer Frequenzbänder im Lang- und Mittelbereich, was angesichts der dichten Belegung mit anderen Funkanwendungen utopisch erschien, oder die Erschließung neuer Rundfunkbänder in anderen Frequenzbereichen. Letztlich versprach nur eine alternative Übertragungstechnik eine Lösung für eine auch zukünftig expansive Entwicklung des Rundfunks zu bieten. Immerhin verblieben den zuständigen Technikern nach Beendigung der Kopenhagener Konferenz noch eineinhalb Jahre, bis der Wellenplan in Kraft trat. Dies galt im Besonderen für Nordrhein-Westfalen und den dort geäußerten Wunsch nach einer Versorgung mit einem nordrhein-westfälischen Programmangebot.²⁷ Von allen denkbaren Optionen schien der UKW-Rundfunk die vielversprechendste zu sein. Dabei spielte auch eine Rolle, dass in der Britischen Besatzungszone – anders als in der US-Besat-

²⁴ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 60-321, Bericht der technischen Direktion des NWDR. (undatiert).

²⁵ National Archives, London, FO 1059/278, Bericht über interministerielle Gespräche.

²⁶ Wolf Bierbach, „Fenster zur Welt: Rundfunk und Presse nach 1945“, in: Gerhard Brunn (Hg.), *Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46*, Essen 1986, S. 137–150.

²⁷ Janina Fuge; Hans-Ulrich Wagner, *Das Gute liegt so nah? Föderalismus, Dezentralisierung und Regionalisierung in der NWDR-Zeit*, in: Peter von Rügen; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), *Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*, Hamburg 2005, S. 207–222.

zungszone – nicht jedes (spätere) Bundesland eine eigene Mittelwellenfrequenz bekam.

Die Erfindung Nordrhein-Westfalens auf UKW

Die technische Ebene: Technisch betrachtet, war der UKW-Rundfunk im Jahr 1948 keine Neuheit. Schon in den 1920er Jahren hatten mehrere Wissenschaftler quer durch Europa mit dieser Übertragungsvariante experimentiert, jedoch stieß der UKW-Rundfunk seinerzeit trotz einiger Versuche und Testübertragungen auf keine breite Resonanz. Sowohl die vergleichsweise kurzen Übertragungsreichweiten von ca. 250 km als auch die hohen Investitionskosten in Sendemasten, neue Empfangsgeräte etc. erwiesen sich als Hindernis für die technologische Entwicklung. Insofern überraschte es wenig, dass die Ausbreitungseigenschaften der UKW-Frequenzen nach dem Zweiten Weltkrieg selbst in Fachkreisen noch weitgehend unbekannt waren.²⁸

In der Folge der Kopenhagener Konferenz wandte sich die technische Direktion des NWDR und besonders ihr Leiter Werner Nestel nachdrücklich dem UKW Rundfunk zu. Damit übernahm der NWDR eine Art Führungsrolle in Europa, da in dieser Zeit nur wenige Rundfunkanstalten mit dieser Technologie experimentierten. Der Lang- und Mittelwellenbereich war weiterhin in den Planungen der europäischen Rundfunkorganisationen der primäre Sendebereich, wenngleich sich dessen geringes zukünftiges Entwicklungspotential deutlich abgezeichnet hatte. Neben seinem nordrhein-westfälischen Anliegen war Nestel auch durch die Aussicht motiviert, im UKW-Rundfunk die Lösung aller Rundfunkprobleme Europas zu finden. So stellte er den Lesern der EBU-Review in Aussicht, dass „the number of channels available, if carefully exploited, is quite adequate to solve any broadcasting coverage problems that could possibly arise in Europe.“²⁹ Nach Nestels Kalkulationen verfügten die UKW-Bänder über Kapazitäten von etwa 2.000 Frequenzzuweisungen. In dieser Meinung unterstützte ihn auch das technische Zentrum der Europäischen Rundfunkunion. Dort sah man in der technischen Entwicklung des UKW-Rundfunks den einzigen Weg aus dem Frequenzchaos des europäischen Rundfunks. Dass diese allerdings eine Fragmentierung des europäischen Rundfunkraums im Sinne der nationalen Programmrezeption

²⁸ Joachim Kniestedt, ‚Historische Entwicklung der Nutzung der Ultrakurzwelle für den Fernseh- und Tonrundfunk‘, in: Archiv für das Post und Fernmeldewesen (1983), S. 17–44.

²⁹ Werner Nestel, ‚VHF Broadcasting in Germany‘, in: EBU Bulletin (1952), S. 1–12.

bewirken würde, daran dachten Nestel und seine Technikerkollegen in der Europäischen Rundfunkunion zunächst nicht.³⁰

Im europäischen Vergleich war der NWDR durchaus in einer vorteilhaften Ausgangssituation. Erstens konnte er von einer soliden finanziellen Basis aus die Planungen des UKW-Rundfunks angehen. In ganz Europa verfügten lediglich Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien über eine größere Anzahl von Gebührenzahlern. Gleichzeitig war die Fläche – insbesondere in Nordrhein-Westfalen – vergleichsweise klein, so dass ein Sendernetz kostengünstig errichtet werden konnte. Zweitens stellte sich die Zahl der privaten Empfangsgeräte als ein begünstigender Faktor heraus. Während in den meisten europäischen Staaten der Anreiz zum Kauf eines neuen Rundfunkgerätes aufgrund erster Marktsättigungserscheinungen eher gering und auch politisch wegen der Kosten unerwünscht war – neue Geräte waren notwendig, da man mit den bestehenden Geräten keine UKW-Frequenzen empfangen konnte – standen in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen die Vorzeichen günstiger. Aufgrund der Kriegszerstörungen hatte die Anzahl der privaten Empfangsgeräte im Vergleich zu dem Vorkriegsniveau drastisch abgenommen. Ein Großteil der Bevölkerung musste sich ohnehin neue Rundfunkgeräte anschaffen, was bis zur Währungsreform im Juni 1948 auch kaum möglich gewesen war.³¹

Es gab also eine ganze Palette von Anreizen, die beim NWDR die technische Entwicklung des UKW-Rundfunks forcierten. Für Techniker wie Nestel wog sicherlich die komplette Abdeckung Nordrhein-Westfalens mit einer überlegenen Übertragungsqualität am höchsten. Freilich wünschten auch Techniker sich ein zusätzliches, attraktives Angebot auf UKW, welches die Hörschaft motivierte, in die neuen Gerätschaften zu investieren. Mehrkosten in Gerätschaften waren schließlich nur mit einem Mehrwert im Programm zu rechtfertigen. Für die Mitglieder im Verwaltungsrat wiederum erschien die Aussicht auf ein zweites Programm ebenso verlockend, da man sich hiervon ein Verstummen der Forderungen nach einer unabhängigen Rundfunkorganisation versprach. Seitens des NWDR sollte man dann sogar die Einführung von UKW begünstigen, indem man bedürftigen Hörern ein Zusatzgerät zum Empfang von UKW bezahlte.

Um die günstigen Ausgangsbedingungen effektiv auszunutzen, begann der NWDR schon im April 1950 damit, ein Testprogramm von Köln aus zu senden, welches den bezeichnenden Namen ‚UKW-West‘ erhielt. Im Mai 1950 folgte ein vergleichbares Angebot als ‚UKW-Nord‘ für den Restraum des NWDR. Zügig

³⁰ Marie Huet, ‚The European Broadcasting Situation after a Year of the Copenhagen Plan‘, in: EBU-Bulletin (1951), S. 315–324.

³¹ Andreas Fickers, Der ‚Transistor‘ als technisches und kulturelles Phänomen, Bassum 1998, S. 12–16.

errichtete man weitere experimentelle Sendemasten, so dass schon 1951 mehr als 70% der nordrhein-westfälischen Bevölkerung im Abdeckungsgebiet von UKW-West lagen.³² Obwohl das Rundfunknetz nur experimentellen Charakter besaß, war es dennoch das erste UKW-Rundfunknetz in Europa überhaupt. 1951 allerdings hing jegliche weitere Ausbaustufe von einem zwischenstaatlichen Rundfunkabkommen ab, durch das ähnlich wie im Kopenhagener Abkommen die Nutzung einzelner UKW-Frequenzen legitimiert wurde.

Von Beginn der technischen Forschungsarbeiten an nahm die NWDR-Technik und besonders ihr Leiter Werner Nestel die Funktion eines europäischen Mediators ein. Nestel betrieb eine offene internationale Politik, wie sie seinerzeit unter Rundfunktechnikern weit verbreitet war.³³ Man teilte die Vision der völkerverständigenden Aufgabe des Rundfunks und zirkulierte deshalb in Fachkreisen die Forschungsergebnisse des NWDR relativ freizügig, u. a. in internationalen Forschungszeitschriften wie dem ‚Telecommunication Journal‘ der Internationalen Telekommunikationsunion oder dem ‚Bulletin‘ der Europäischen Rundfunkunion. Nestel lud sogar mit Unterstützung des NWDR-Verwaltungsrats Delegationen anderer europäischer Rundfunkorganisationen und Nachrichtenverwaltungen ein, um Forschungsergebnisse zu diskutieren. Durch derartige Aktivitäten übernahm der NWDR auch in den internationalen Standardisierungskomitees der Internationalen Telekommunikationsunion oder dem technischen Komitee der Europäischen Rundfunkunion eine Führungsrolle und trieb insgesamt die Einführung des UKW-Rundfunks in Europa voran. Beispielsweise gehen die in ganz Europa verbreiteten bis zu 300 m hohen UKW-Sendemasten auf eine Empfehlung Nestels zurück, mit denen er die Empfangsgeräte technisch einfach halten wollte.

Nicht zuletzt aufgrund der transnationalen Diskussion begannen im Jahr 1951 mehrere europäische Rundfunkorganisationen damit, den Testbetrieb des UKW-Rundfunks aufzunehmen. Die technisch fortschrittlichsten Länder wie Deutschland, die Niederlande oder auch Belgien forderten deshalb – angetrieben vom NWDR – recht bald eine Europäische Rundfunkkonferenz für die UKW-Frequenzbereiche, die dann für 1952 in Stockholm anberaumt wurde. Aus unterschiedlichen Gründen wurde überall in Europa die Notwendigkeit gesehen, europäische Standards zu vereinbaren und einzelne Frequenzen zu verteilen, um den UKW-Rundfunk auf eine sichere juristische Basis zu stellen.³⁴ Finanzielle

³² Walter Först, ‚Vom britischen Zonenrundfunk zur Länderanstalt. Rundfunkgeschichte in Nordrhein-Westfalen‘, in: Rundfunk und Fernsehen, (1970), S. 146.

³³ Christian Henrich-Franke, ‚Organisationskultur und Vertrauen in den internationalen Beziehungen.‘, in: Geschichte und Gesellschaft, (2006), S. 344–363.

³⁴ Archiv für Christliche-Demokratische Politik (Sankt Augustin), Bestand Nachlass Beissel, 01-423-001/3, Werner Nestel, Forschung und Entwicklung in der Zentraltechnik des NWDR. Interner Bericht der technischen Direktion des NWDR (unveröffentlicht).

Überlegungen stellten einen weiteren Grund dar. In vielen europäischen Staaten waren die (nationalen) Autoritäten – wie auch in Nordrhein-Westfalen – unwillig, finanzielle Mittel für den Ausbau von UKW-Netzen bereit zu stellen, solange die Investitionen nicht durch ein bindendes europäisches Abkommen geschützt wurden.³⁵ Ebenso ging in vielen Staaten die Angst vor einer technologischen Lücke zwischen Deutschland – und speziell dem NWDR – sowie den anderen Staaten Europas um. Besonders in den skandinavischen Staaten und in Großbritannien befürchtete man, dass der NWDR irgendwann den anderen Staaten Europas die technische Entwicklung diktieren würde.³⁶ Viele Ministerien für das Post- und Fernmeldewesen, die auf Regierungsebene für internationale (Rund-)Funkfragen verantwortlich waren, standen dem UKW-Rundfunk skeptisch gegenüber, da er als eine „unwelcomed complication“³⁷ betrachtet wurde, die die ohnehin schwierige Verteilung von Rundfunkfrequenzen unnötig erschwere.

In einem besonderen Spannungsverhältnis befanden sich die zuständigen Ministerien in Großbritannien. Einerseits äußerte die British Broadcasting Corporation von allen Rundfunkstationen Westeuropas das geringste Interesse an einer UKW-Konferenz, da das Land im Kopenhagener Abkommen gut mit Mittel- und Langwellen ausgestattet worden war. Für sie resultierte der UKW-Rundfunk in unnötige Kosten, die man erst einmal herauszögern wollte. Andererseits war Großbritannien als Besatzungsmacht direkt in den Problemfall Nordrhein-Westfalen involviert, weshalb die britische Militärregierung auch für die UKW-Konferenz votierte. In diesem Kontext spielte freilich die Hoffnung eine Rolle, die nordrhein-westfälischen Forderungen nach einem eigenständigen Sender verstummen lassen zu können, die durch die US-Rundfunkpolitik in den süddeutschen Bundesländern mit ihrer Forderung nach einer eigenen Rundfunkanstalt für jedes Bundesland zunehmend lauter wurde. Großbritannien konnte deshalb sein politisches Gewicht nicht einbringen, welches andernfalls zu einer deutlichen Verzögerung der Verabschiedung eines europäischen Rundfunkabkommens geführt hätte.

Die Stockholmer Konferenz von 1952 verabschiedete dann das erste internationale Abkommen über die Verteilung von UKW-Rundfunkfrequenzen in Europa. In diesem wurden ca. 1930 Frequenzuteilungen für regional begrenzten Rundfunk im Frequenzbereich zwischen 88 und 100 MHz vorgenommen. Erstmals

³⁵ National Archives, London, HO 256/352, Stockholm Conference: Memorandum with regard to the United Kingdom delegation.

³⁶ National Archives, London, HO 256/350, Stockholm Conference: Preliminary Review by the Post Office, April 1952.

³⁷ EBU-Archives, Geneva, Report of the EBU on ‚the present position and perspectives of VHF sound broadcasting‘.

fixierten die nationalen Autoritäten auf europäischer Ebene technische Normen etwa für Frequenzabstände oder Empfangsgeräte, auf deren Grundlage die Regionalisierung des Rundfunks in ganz Europa vorangetrieben werden konnte.³⁸ Der dänische Präsident der Stockholmer Konferenz, Gunnar Pedersen, lobte die Einführung von „definite rules for the protection of our ... sound broadcasting services from harmful interference caused by other countries within the European region. ... For this reason, I believe that the acceptance of the Stockholm Plan will facilitate the introduction ... of VHF broadcasting in Europe.“³⁹ In den meisten technischen Fragestellungen profitierten die Konferenzteilnehmer sehr stark von den Vorarbeiten der NWDR-Techniker. Wie sehr der NWDR an einem Erfolg der Konferenz interessiert war, zeigte sich auch an den eingesetzten Ressourcen. So stellte der NWDR mehr personelle wie finanzielle Mittel auf der Stockholmer Konferenz zur Verfügung als das eigentlich verantwortliche Bundespostministerium, was wiederholt zu Interessen- und Kompetenzkonflikten innerhalb der deutschen Delegation führte. Während die Vertreter des Bundespostministeriums durchaus einen Mittelweg zwischen den eher abwartenden Staaten und dem Anliegen des NWDR suchten, verfolgten die NWDR-Vertreter – allen voran Nestel selber – rigoros die Ziele des NWDR.⁴⁰ Ohne deren technisches Know-how und ihr permanentes Bemühen, die Konferenz zu einem Erfolg zu führen, wäre ein Abkommen schwerlich zu Stande gekommen.⁴¹ So bemerkte die NWDR-Hauszeitung, „Die Antenne“, unmittelbar nach Beendigung der Stockholmer Konferenz: „Auf Initiative des NWDR wurde der UKW-Rundfunk ... eingeführt – er schickt sich nun an, den europäischen Kontinent zu erobern, nachdem man jenseits der Grenzen die großen Möglichkeiten und Vorzüge dieses ... praktisch erprobten Systems erkannt hatte.“⁴²

Auf der Grundlage des Stockholmer Abkommens konnte der kostenintensive Ausbau des UKW-Rundfunknetzes in Europa und in Nordrhein-Westfalen vorangetrieben werden. Noch 1952 folgten die Sendemasten in Münster und Monschau, 1953 die auf der Nordhelle (Meinerzhagen) und in Kleve sowie 1954 für die Eifel der auf rheinland-pfälzischem Gebiet liegende Sendemast Schartenberg.

³⁸ F. Kirschstein, ‚Die technischen Grundlagen der Wellenverteilung der europäischen Rundfunkkonferenz von 1952 in Stockholm‘, in: Fernmeldetechnische Zeitschrift, (1952), S. 563–567.

³⁹ Zitiert nach: o.V., ‚The 1952 Stockholm Agreement and Plans‘, in: EBU-Bulletin, (1952), S. 457–472. .

⁴⁰ Bundesarchiv Koblenz, Bestand Bundespostministerium, B257/8107, Abschlußbericht der deutschen Delegation auf der Stockholmer Konferenz.

⁴¹ Bundesarchiv Koblenz, Bestand Bundespostministerium, B257/8107, Geheimer Bericht der deutschen Delegation über die Stockholmer Konferenz (undatiert).

⁴² O. V., ‚UKW- und Fernsehünsche erfüllt. Befriedigendes Ergebnis der Stockholmer Konferenz‘, in: Die Ansage, (80) 1952, S. 6.

Schon 1954 war ein Netz aus Sendeantennen installiert, das nahezu eine komplette Abdeckung Nordrhein-Westfalens garantierte. Den schnellen Ausbau des Netzes flankierte ein nicht minder schneller Anstieg der UKW-Empfangsgeräte. Schon 1954 verfügten über 50 % der Rundfunkhörer in Nordrhein-Westfalen über ein solches Gerät. Damit besaßen sie die prinzipielle Möglichkeit, sich von Rundfunkräumen und Kommunikationszusammenhängen europäischer Dimension abzukoppeln, wengleich diese Geräte in der Regel auch die Lang- und Mittelwellenprogramme empfangen konnten. Die Präsenz europäischer Rundfunksender in nordrhein-westfälischen Wohnzimmern nahm damit spürbar ab – und sei es nur beim Sendersuchen.

Alles in allem markierte die Stockholmer Konferenz den ersten Höhepunkt eines transnationalen technologischen Entwicklungsprozesses in Europa. Sich im Entstehen befindende bzw. geplante technische Netze wurden aufeinander abgestimmt und den verbindlichen Regeln eines internationalen Abkommens unterworfen. Die Bestrebungen zur Regionalisierung des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen stellten sich als wichtiger Faktor heraus, der die transnationale europäische Entwicklung beschleunigte. In den 1950er und 1960er Jahren folgten viele europäische Rundfunkorganisationen dem Vorbild des NWDR, so dass schon 1961 eine erneute Rundfunkkonferenz einberufen werden musste, um das Stockholmer Abkommen von 1952 zu revidieren. Letztlich war das Nordrhein-Westfalen-Problem eine der Hauptursachen, aufgrund dessen das Thema überhaupt erst auf die politische Agenda gesetzt wurde.

Die symbolische Ebene: In der Ära des Lang- und Mittelwellenrundfunks war das regionale Programmangebot begrenzt. Neben dem täglichen 15 Minuten Programm ‚Aus unserem westdeutschen Tagebuch‘ richtete der NWDR wöchentlich rotierende Programmelemente wie etwa ‚Hafenkonzerte‘ aus Hamburg oder ‚Bergmannskonzerte‘ aus Köln ein, die sich jeweils gezielt an das regionale Publikum in Norddeutschland bzw. Nordrhein-Westfalen wenden sollten. Obgleich der US-amerikanische Medienhistoriker Alexander Badenoch den Schluss zieht, dass der NWDR mit einer derartigen Programmrotation die Unterteilung seines Sendegebietes in zwei strikt voneinander separierten ‚Heimaten‘ konstruierte, fühlten sich dennoch weite Teile der nordrhein-westfälischen Gesellschaft, v. a. Parteien, Presse, Verbände und Kirchen im NWDR-Programm diskriminiert. Sie nahmen Hamburg als das Zentrum wahr, während Köln als untergeordneter Programmlieferant erschien.

Eine weitere Regionalisierung des Rundfunkprogramms passte ohnehin – unabhängig von der Frequenzfrage – auch unter deutscher Kontrolle nicht in

die Programmkonzeption des NWDR.⁴³ Nach Ansicht des Generaldirektors des NWDR, Adolf Grimme, sollte der Rundfunk dem Hörer die ‚hohe Kultur‘ vermitteln. Das zeitgenössische Verständnis bzw. der Ethos des Rundfunks war es vor allem, dem Zuhörer eine Orientierung in der Welt zu geben. Regionaler Rundfunk ließ sich derweil nach Grimmes Ansicht nur bedingt unter dieser Oberkategorie subsumieren.⁴⁴ Selbst nachdem ein genuin ‚nordrhein-westfälisches‘ Programm durch UKW-West im Jahr 1950 technisch möglich geworden war, blieb die ablehnende Haltung der NWDR Programmleitung gegenüber regionalem Programm deshalb auch weiterhin bestehen. Dass man nach 1950 dieses Programm und damit auch die regionale Programmproduktion in Köln – wenn auch halbherzig – im Hamburger Verwaltungsrat unterstützte, erklärt sich über zwei Faktoren: erstens wurde solch ein Programm als notwendige Voraussetzung für den Verkauf von UKW-Empfangsgeräten angesehen. Das UKW-Programm wurde deshalb auch nach außen als attraktiv dargestellt, war das doch der Anreiz für den Zuhörer, den er für seine Investitionen in die vergleichsweise teure UKW-Technik brauchte. Zweitens konnte damit den nordrhein-westfälischen Bestrebungen nach einer institutionellen Abspaltung begegnet werden.⁴⁵ Mit dem Magazinprogramm ‚Zwischen Rhein und Ruhr‘, das sich als sehr populär bei den Zuschauern erwies, ging bereits 1950 das erste genuin nordrhein-westfälische Programm auf Sendung. Der Zuhörer begrüßte es als eine attraktive Mischung aus Informationen, Kultur und regionaler Berichterstattung mit einer persönlichen Note in der Darstellung. Im Jahr 1951 folgte ein spezielles Nachrichten- und Informationsprogramm, die ‚Westdeutschen Nachrichten‘. Im Großen und Ganzen unterschied sich das generelle Programmangebot auf UKW-West nicht strikt vom Mittelwellenprogramm. Genuin nordrhein-westfälische Programmanteile reduzierten sich letztlich auf einen Prozentsatz von ca. 10% des Programmangebots.⁴⁶ Dialektprogramme waren zu vernachlässigen, obgleich sie oft von nordrhein-westfälischer Seite als Grund der Diskriminierungen im Mittelwellenprogramm des NWDR

⁴³ Interview von Peter von Rügen mit dem Chefredakteur des NWDR Nachrichtenstudios Claus-Heinrich Casdorff, 5.6.2002. Available at: www.nwdr-geschichte.de

⁴⁴ Peter Marchal, Kultur- und Programmgeschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004.

⁴⁵ Brief des Programmdirektors des NWDR, Hartmann, an den Generaldirektor des NWDR, Grimme, 15.3.1950, abgedruckt in: Wolf Bierbach, Der neue WDR. Dokumente zur Nachkriegsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks, Köln 1978, S. 135–136.

⁴⁶ Konrad Dussel, ‚Die Welle der Freude. Die neuen Programmangebote des NWDR auf UKW in den 50er Jahren und ihre Nutzung‘, in: Rundfunk und Geschichte, 2005, S. 26–35.

angeführt wurden, beispielsweise indem Dialektsendungen auf Norddeutsch als Kulturimperialismus beklagt wurden.⁴⁷

Gleichwohl sahen auch die Programmproduzenten in Köln es nicht als ihre Aufgabe an, in irgendeiner Weise ‚Nordrhein-Westfalen‘ im oder durch ihr Programmangebot zu erfinden. Die Schaffung einer wie auch immer gearteten Landesidentität oder eines Landesbewusstseins lag nicht in ihrer Intention. Ihnen ging es primär um die institutionelle Eigenständigkeit, die unabhängige Programmgestaltung und ein umfassenderes Programmangebot. Gleichmaßen sahen sie in UKW-West auch kein Appendix zum Mittelwellenprogramm des NWDR. Im Gegenteil, sie versuchten UKW-West zu einem ernsthaften (regionalen) Konkurrenten zu machen. Deshalb durfte sich das regionale Programm ihrer Meinung nach nicht ausschließlich aus regionalen Programmelementen zusammensetzen. Werner Höfer etwa – der Produzent von ‚Zwischen Rhein und Ruhr‘ – sah seinen Programmauftrag auch keinesfalls auf die Befriedigung regionaler Interessen beschränkt: „... niemand verlangt ..., daß nun auf der regionalen Ebene der Heimattümelei ein Tummelplatz bereitet wird.“ Vielmehr strebte er eine breite inhaltliche Ausrichtung an, „denn auch für UKW-West gilt: mein Feld ist die Welt.“⁴⁸ Die Vorstellungen von ‚Region‘ waren, wie Fuge und Wagner betonen, vielschichtig und ein Gegensatz zwischen der Nahwelt und der Weltoffenheit nicht konstitutiv.⁴⁹ Auch der Nachrichtenredakteur Carl August Weber warnte mit Blick auf UKW-West vor den Folgen einer Abkapselung von europäischen Kommunikationsräumen. So zeichnete sich seiner Meinung nach eine „doppelte geistige Gefahr in dieser Entwicklung ab: Der Hörer verfällt in einen provinziellen Isolationismus, der von dem angeborenen Hang zur Bequemlichkeit nur gefördert wird; und jeder Sender verstärkt seine Monopolstellung innerhalb eines Netzes, ob er will oder nicht. Mit anderen Worten: Weil der Mittelwellenempfang sich fortschreitend verschlechtert, werden mehr und mehr Hörer dem UKW-Empfänger zugetrieben und damit dem Programm des zentralen Senders konkurrenzlos ausgeliefert.“⁵⁰

Trotz der schnellen Ausbreitung der UKW-Empfangsgeräte blieb das Mittelwellenprogramm des NWDR sogar beim nordrhein-westfälischen Hörer vorerst

⁴⁷ Karl Karst, ‚Regionalsprache im Massenmedium‘, in: Walter Först (Hg.), *Rundfunk in der Region*, Köln 1984, S. 251–324.

⁴⁸ Werner Höfer, ‚Auf neuen Wellen zu neuen Wegen‘, NWDR (Hg.), *NWDR Jahrbuch 1950–1953*, Hamburg 1954, S. 27.

⁴⁹ Janina Fuge; Hans-Ulrich Wagner, *Das Gute liegt so nah? Föderalismus, Dezentralisierung und Regionalisierung in der NWDR-Zeit*, in: Peter von Rüdén; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), *Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*, Hamburg 2005, S. 207–222.

⁵⁰ *Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 69–187, Thesen zur Denkschrift ‚Über den Aufbau des westdeutschen Rundfunks‘* – (Generaldirektion NWDR, Februar 1951).

das favorisierte Programm. So schalteten im Frühjahr 1955 im Nachmittagsprogramm etwa 5 % das UKW-Programm ein, während der Vergleichswert für die Mittelwelle bei immerhin 25 % lag. Für das Abendprogramm galten vergleichbare Werte von 15 % respektive 35 %. Von den einzelnen Programmelementen war eigentlich nur das regionale Magazinprogramm ‚Zwischen Rhein und Ruhr‘ ein wirklicher Konkurrent für die Mittelwelle. Offensichtlich artikuliert das Publikum lediglich im Bereich der unterhaltend-informatorischen Formate eine Nachfrage nach nordrhein-westfälischem Programm. Noch in den frühen 1960er Jahren ermittelte der Medienwissenschaftler Josef Hackforth in einer Umfrage bei einer deutlichen Mehrheit der Hörerschaft die Erwartung, dass der Rundfunk Informationen von nationalem und international-europäischem Charakter anbieten solle. Dahingegen galten die regionalen Zeitungen weiterhin als primäre Informationsquelle für regionale Informationen.⁵¹ Erst in den 1970er Jahren überstieg die Hörerschaft des UKW-Programms diejenige des Mittelwellenprogramms. Zu dieser Zeit jedoch hatte sich die Medienlandschaft komplett gewandelt, vor allem indem das Fernsehen das Radio als Leitmedium abgelöst hatte.⁵²

Alles in allem lässt sich festhalten, dass ein nordrhein-westfälisches Programmangebot, welches den Hörer von nationalen oder internationalen Rundfunk- und Kommunikationsräumen entkoppelte, weder auf der Seite des Hörers noch auf der Seite der Programmproduzenten eine besondere Attraktivität ausübte.

Die institutionelle Ebene: Seitens des NWDR Verwaltungsrats hatte man seit den 1950er Jahren wiederholt damit kalkuliert, die nordrhein-westfälischen Forderungen nach einer unabhängigen Rundfunkorganisation durch UKW-West verstummen lassen zu können. Eine Reihe von Ursachen hielt die Forderung nach institutioneller Abspaltung am Leben. (1) Ein wesentlich Faktor war die Existenz von UKW-West selbst. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold hatte in Reaktion auf UKW-West schon im August 1950 öffentlich den Anspruch auf eine eigene Rundfunkanstalt Nordrhein-Westfalens erhoben, wodurch er den Druck auf den NWDR erhöhte, dem Kölner Sender ein neues Funkhaus zu bauen, um Köln im NWDR-Verband aufzuwerten. Aus der Programmproduktion heraus entwickelte sich dann unter den Mitarbeitern in Köln zunehmend eine eigenständige ‚Senderidentität‘, die sich weiter festigte, nachdem im Juni 1952 das neue Kölner Funkhaus eröffnet worden war, womit

⁵¹ Joachim Hackforth, ‚Perspektiven der Medienforschung‘, in: Walter Först (Hg.), *Rundfunk in der Region*, Köln 1984, S. 337–349.

⁵² Konrad Dussel, *Hörfunk in Deutschland. Politik, Programm, Publikum (1923–1960)*, Potsdam 2002.; Horst Halefeldt, ‚Programmgeschichte des Hörfunks‘, in: Jürgen Wilke (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 211–230; Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ‚Zeitgeist‘ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995.

auch eine personelle Verdopplung der festangestellten Mitarbeiter einherging. UKW-West wurde als Symbol Nordrhein-Westfalens wahrgenommen, obgleich das regionale Programm nur wenig Aufmerksamkeit erregte.⁵³ (2) In den Jahren 1951 bis 1953 zeichnete sich immer deutlicher ab, dass Nordrhein-Westfalen als politische Einheit auch auf lange Sicht kein Provisorium bleiben würde. So hatte eine Kommission der Bundesregierung, die sich mit der Umstrukturierung der Bundesländer auseinandersetzte, Nordrhein-Westfalen als eine vernünftige ökonomische Einheit eingestuft – auch in einem wiedervereinten Deutschland. Vor diesem Hintergrund wandelte sich auch die Einstellung führender Politiker zur Identitätsfrage. Zunehmend setzte sich die Überzeugung durch, dass das Land eine Art Landesbewusstsein oder Identität brauchte, um die kulturelle wie mentale Grenze zwischen Nordrhein und Westfalen zu überbrücken. (3) Die Benachteiligung gegenüber den Bundesländern in der US-Besatzungszone, die alle über eine eigene Rundfunkorganisation mit eigenem Programm verfügten, forcierte ebenfalls die Abspaltungsforderungen. Eine unabhängige Rundfunkstation wurde auch als eine Frage des politischen Prestiges bewertet – insbesondere für das einwohnerstärkste Bundesland. (4) Im Verwaltungsapparat des NWDR hatte die Repräsentanz Nordrhein-Westfalens seit jeher einen Anlass für permanente Konflikte geliefert. Schon seit der Überleitung des NWDR in deutsche Verantwortung im November 1948 hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold versucht, den Einfluss des Landes im Verwaltungsrat zu erhöhen. (5) Wie in NRW so hatte es auch in Berlin von Beginn des Rundfunkbetriebs im Jahr 1946 an Bemühungen gegeben, eine vom NWDR unabhängige Rundfunkorganisation zu etablieren, wenngleich aufgrund der politischen Situation Berlins (auch besatzungsrechtliche Gründe) eine direkte Parallele zu Nordrhein-Westfalen nur bedingt gezogen werden kann. Dies lag auch daran, dass die Berliner Hörfunkgebühren nicht dem NWDR zugeführt werden durften und in Berlin obendrein eine weitere Rundfunkfrequenz genutzt werden durfte, die innerhalb Deutschlands exklusiv für Berlin zur Verfügung stand. Die Berliner Abtrennungsbemühungen nahmen spätestens mit der Vorlage eines ersten Gesetzentwurfs über die Gründung des Sender Freies Berlin im November 1951 konkrete Formen an. Sie mündeten trotz heftiger Gegenwehr des NWDR-Verwaltungsrats im Herbst 1953 in einer Einigung, nach der in der ersten Jahreshälfte 1954 der SFB sukzessiv den Sendebetrieb übernahm. Obgleich der Berliner Fall eine Sonderrolle innehatte, ging von ihm doch eine hohe symbolische Wirkung aus. Nicht zuletzt aus diesem

⁵³ Interview von Peter von Rügen mit der Programmassistentin des NWDR Köln Hilde Stollmach-Schwarzkopf, 7./8.2.2001. Abrufbar auf: www.nwdr-geschichte.de

Grund hatten die Berliner Abspaltungsbestrebungen von Beginn an Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen erhalten.⁵⁴

Bis in den April 1953 wurden all diese Faktoren jedoch von den Plänen der Bundesregierung in den Schatten gestellt. Sie diskutierte seit 1951 über ein Bundesrundfunkgesetz, das der Bundesregierung mehr Einfluss sichern sollte, u. a. war der ‚rote‘ NWDR ein Anlass gewesen, der mehr als die Hälfte aller Hörfunkteilnehmer der Bundesrepublik in seinem Sendegebiet versammelte. Im April 1953 überstimmte dann der Bundesrat einen Gesetzentwurf der Regierung, der der Bundesregierung eine massive Einflussnahme auf den Rundfunk zugestehen sollte.⁵⁵ Seit 1950 hatten die Beratungen im Umfeld dieses Gesetzentwurfs dazu beigetragen, jegliche Debatte um eine unabhängige Rundfunkanstalt in Nordrhein-Westfalen zu blockieren, da die Bundesländer im Sendegebiet des NWDR zusammenarbeiten mussten, um der Bundesregierung in Eintracht entgegenzutreten zu können. Sogar CDU-regierte Länder wie Nordrhein-Westfalen stimmten hierbei gegen die Bundesregierung.

Als der Erfolg der Länder gegenüber der Bundesregierung offensichtlich wurde, belebte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold die Debatte um die institutionelle Abspaltung wieder. Schon im Januar 1953 nahm Arnold eine Niederlage in der Wahl zum NWDR Verwaltungsrat zum Anlass,⁵⁶ um anzukündigen, dass „er befürchte, daß die bevorstehenden, grundlegenden rundfunkpolitischen Ereignisse (hiervon) beeinflusst werden.“⁵⁷ Insofern ließ Arnold sogar vom Referat für öffentlich-rechtliche Koordination des Düsseldorfer Landtags einen Entwurf für ein ‚Gesetz zur Errichtung des Westdeutschen Rundfunks (WDR)‘ erarbeiten. Dabei lag es nicht in seiner Absicht den politischen Einfluss auf die Programmplanung zu erhöhen. Vielmehr wünschte er umfassendere Mitspracherechte der Landesregierung auf das administrative Management des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen und eine Stärkung der symbolischen Repräsentation des Landes – sowohl im Landesinneren als auch nach außen. Arnold forderte deshalb eine eigene Mittelwelle für die anvisierte nordrhein-

⁵⁴ Anja Schäfers, In Berlin war überhaupt nichts unpolitisch: Der NWDR-Berlin bis zur Gründung des SFB, in: Peter von Rüdén; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Hamburg 2005, S. 355–374; Erik Heinrich, Vom NWDR Berlin zum SFB. Rundfunkpolitik in Berlin 1946–1954, Berlin 1985. .

⁵⁵ Ansgar Diller, ‚Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk‘, in: Jürgen Wilke (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 146–166.

⁵⁶ Mark Lührs, Aus eins mach’ zwei: Die Auflösung des NWDR, in: Peter von Rüdén; Hans-Ulrich Wagner (Hg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Hamburg 2005, S. 390–446.

⁵⁷ Eva-Maria Freiburg, Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen 1945–1955, Hannover 1974, S. 188.

westfälische Rundfunkorganisation und kündigte im Landesparlament an, dass er ein nordrhein-westfälisches Programm wünschte, welches auch „außerhalb unseres eigenen Territoriums“ gehört werden könne, „nicht nur in Westdeutschland sondern auch in der Sowjetzone und überall in Europa.“⁵⁸ Die technischen und juristischen Realitäten, wie sie der Kopenhagener Wellenplan geschaffen hatte, ignorierte Arnold gänzlich. Ob er dies bewusst oder unbewusst tat, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen.

Alleine die Ankündigung Arnolds ließ die Presse in beiden Teilen Nordrhein-Westfalens eine Art geteiltes Landesbewusstsein ausdrücken. So verkündete der Kölner Stadtanzeiger, dass „hoffentlich der Tag näher rückt, an dem wir aus dem Radio, das uns so sehr auf den NWDR angewiesen sein lässt, nicht mehr die Wasserstandsmeldungen der Nordsee und der Unterelbe, keine Dialoge und Hörspiele mehr in niedersächsischer Mundart und keine als Hamburger Staatsnachrichten getarnte Lokalpropaganda der Stadt Hamburg zu vernehmen gezwungen sein werden.“⁵⁹ Die Westfälischen Nachrichten aus Münster hofften sogar auf ein Programm, welches geprägt ist, von jenem „ethischen und kulturellen Verantwortungsbewusstsein ... wie es dem Wesen des bodenständigen Volkes in Nordrhein-Westfalen entspricht“⁶⁰ vereinbar ist.

Schon seit 1948 war der Verwaltungsrat des NWDR darauf eingestellt, dass eine Diskussion über die organisatorische Abspaltung jederzeit wieder auf die politische Agenda gesetzt werden könnte. Die Ankündigung Arnolds traf den Verwaltungsrat deshalb auch nicht unvorbereitet. Man verwies einfach auf die vielen Vorteile einer großen Sendeanstalt wie dem NWDR, u. a. wurden die finanziellen Ressourcen hervorgehoben, welche die Entwicklung neuer Übertragungstechniken wie den UKW-Rundfunk überhaupt erst ermöglichten.⁶¹ Als Kompromiss bot der Verwaltungsrat sogar eine Umbenennung des NWDR in ‚Nord- und Westdeutscher Rundfunk‘ an. Dies hätte es ermöglicht, die Kölner Rundfunkstation zumindest symbolisch als westdeutschen Rundfunk bezeichnen zu können. Was die Programmproduktion betraf, so stellte der Kölner Sender in den frühen 1950er Jahren ohnehin schon einen Anteil von ca. 35 % des NWDR-Programms. Darüber hinaus stellte man sogar eine weitreichende Autonomie der Kölner Sendestation und den von Arnold schon mehrfach eingeforderten erweiterten politischen Ein-

⁵⁸ Nordrhein-Westfalen, Landtag, Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 99. Sitzung, 2.2.1954, 3646.

⁵⁹ Kölner Stadtanzeiger, 19.1.1954, zitiert nach: Eva-Maria Freiburg, Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen 1945–1955, Hannover 1974, S. 192.

⁶⁰ Westfälische Nachrichten, 2.2.1954, zitiert nach Eva-Maria Freiburg, Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen 1945–1955, Hannover 1974, S. 193.

⁶¹ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 519–143, Bericht über ein Treffen der Staatssekretäre der Bundesländer in Hamburg (12.4.1954).

fluss auf administrative Angelegenheiten in Aussicht. Dessen ungeachtet war die Diskussion über eine institutionelle Abspaltung losgetreten, wodurch der NWDR innerhalb Nordrhein-Westfalen in die Defensive gedrängt wurde.

Im Frühjahr 1954 befand sich Arnold in einer starken Position, von der aus er mit Nachdruck die Entscheidungsfindung im nordrhein-westfälischen Landtag forcieren konnte. Sogar seine politischen Gegner traten ihm nicht entgegen, da sich Nordrhein-Westfalen seinerzeit im Wahlkampf befand. Jeglicher Widerspruch gegen eine nordrhein-westfälische Rundfunkstation konnte sich allzu leicht als politischer Fehltritt erweisen. Im Gegenteil, die identitätsstiftende Funktion des Radios fand sich nun immer deutlicher in den Argumentationssträngen der Landtagsabgeordneten wieder. Folglich lassen sich aus den Landtagsdebatten deutliche Fürsprachen für eine ‚Erfindung Nordrhein-Westfalens‘ herauslesen. Man wollte das erzieherische Potential und die inhärente Symbolik des Rundfunks nutzen, um den WDR zum (Mit-)Produzenten der Landesidentität zu machen. Der nordrhein-westfälische Rundfunk sollte Einheit und Kohärenz im Lande herstellen sowie das Interesse für das Land und seine Politik wecken. Der Sprecher der Zentrumspartei, Hans Kirchhoff, drückte dies besonders deutlich aus, als er am 2. Februar 1954 vor dem Landtag die Notwendigkeit zum Ausdruck brachte, „die Einwohner Nordrhein-Westfalens mit den Problemen des Landes vertrauter zu machen.“⁶² Als der Landtag am 12. Mai 1954 schließlich das Gesetz über die Gründung des Westdeutschen Rundfunks verabschiedete, erklärten Sozialdemokraten wie Christdemokraten in einer gemeinsamen Erklärung diesen Rechtsetzungsakt zu einem „Meilenstein in der Kulturgeschichte unseres Landes.“⁶³

Die Debatten im Landtag hatten deutlich gezeigt, dass die politische Elite im jungen Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht nur eine Landesidentität schaffen wollte, sondern sogar damit begonnen hatte, selbst eine regionale Identität zu entwickeln. Eine eigene Rundfunkanstalt zählte dabei zum Selbstverständnis. Arnold hatte es im Landtag auch nicht unterlassen, wiederholt auf die Benachteiligung Nordrhein-Westfalens gegenüber den süddeutschen Bundesländern mit ihren eigenen Rundfunkanstalten zu verweisen. Die Frage der Verfügbarkeit einer Mittelwelle stellte er bei seiner Argumentation bewusst in den Hintergrund, war sie doch neben der Verordnung 118, in der seit der Überleitung des Senders in deutsche Verantwortung im November 1948 das Statut und die Satzung des NWDR geregelt waren, die einzige, die einer WDR-Gründung wahrhaftig im Wege stehen konnte. Sofern Arnold mit technischen Versorgungsmöglichkeiten

⁶² Nordrhein-Westfalen, Landtag, Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 99. Sitzung, 2.2.1954, 3655.

⁶³ Nordrhein-Westfalen, Landtag, Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 110. Sitzung, 11.5.1954, 4148.

konfrontiert wurde, verwies er primär auf den UKW-Bereich. Hinsichtlich der Mittelwelle blieben seine Aussagen eher vage. Wenn er sich überhaupt in dieser Richtung äußerte, dann legte er die technischen Möglichkeiten derart zu seinen Gunsten aus, dass sich der technische Direktor des NWDR Nestel in einem persönlichen Brief offen über die Argumentation Arnolds beschwerte. Die Einwände Nestels verhallten allerdings ebenso ungehört wie diejenigen des NWDR-Verwaltungsrats.

Der Landtag hatte seinen Teil auf dem Weg zur Gründung einer unabhängigen Rundfunkanstalt Nordrhein-Westfalens erledigt. Die Vorbereitungen zur Konstituierung des WDR konnten damit jedoch keineswegs eingeleitet werden. Im Jahr 1954 übte die britische Militärverwaltung weiterhin die Souveränität über die Nutzung von Funkfrequenzen aus, so dass weiterhin die Verordnung 118 galt. Die finale Entscheidung lag deshalb auch in britischen Händen. Schon im Januar 1954, als die Debatten im Landtag angestoßen worden waren, hatte man unmissverständlich zu erkennen gegeben, dass die britische Militärverwaltung einer Aufspaltung des NWDR nur unter der Prämisse zustimmen würde, dass keine zusätzliche Mittelwelle für Fernübertragungen in das europäische Ausland eingefordert werden würde. Aus der britischen Perspektive machte ein transeuropäisches Abdeckungsgebiet für eine regionale Rundfunkstation ohnehin keinen Sinn. Die britische Militärverwaltung nannte deshalb als ‚conditio sine qua non‘ eine technische Lösung, die im Einklang mit dem Kopenhagener Wellenplan stand. Der integrierte europäische Rundfunkraum im Bereich der Lang- und Mittelwellen sollte nicht durch nordrhein-westfälische Abspaltungsforderungen gestört werden. In diesem Punkt erhielt die britische Militärverwaltung auch Unterstützung vom Bundespostministerium.⁶⁴

Mit einem Selbstbewusstsein wie es vorher kaum möglich gewesen wäre und unter Missachtung der technischen Realisierbarkeit beharrte Arnold gegenüber der britischen Militärverwaltung darauf, Nordrhein-Westfalen jenseits der Landesgrenzen hörbar zu machen. Er drängte weiterhin auf die technisch fragwürdige Lösung, die zwei verfügbaren Mittelwellen auseinanderzuschalten: die in ihrer Fernwirkung bevorzugte Frequenz 971 kHz sollte der WDR erhalten während die Frequenz 1.586 kHz dem NWDR bzw. dem NDR als dessen Restverband zugesprochen werden sollte. Diese Lösung hätte jedoch dazu geführt, die Vollversorgung Nordrhein-Westfalens mit dem Mittelwellenprogramm aufzugeben. Aus diesem Grund verlor der Ministerpräsident sogar die Unterstützung von Teilen

⁶⁴ Schuster, Fabian; Johannes Preßler, Deutschland und der Kopenhagener Rundfunkplan, in: Archiv für das Post und Fernmeldewesen, 1954, S. 664–695.

seiner konservativen Parteimitglieder. Sie kritisierten, dass Arnold „die Interessen des Landes anscheinend höher bewertet als die Interessen seiner Einwohner.“⁶⁵

Letztlich musste auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident sich den technischen Gegebenheiten beugen, nachdem ein technisches Gutachtergremium im Oktober 1954 die praktizierte Ausnutzung der Mittelwellen als das technische Optimum bewertete, zu dem es keine Alternative gäbe. Er willigte deshalb in den Kompromiss einer abwechselnden Nutzung der Mittelwellen durch den WDR und den NDR, der als ein weiteres Element neben dem WDR und dem Sender Freies Berlin (SFB) aus dem NWDR hervorgegangen war, ein. Hierzu wurde 1955 mit dem ‚Nordwestdeutschen Rundfunkverband‘ eine spezielle Betriebsgemeinschaft eingerichtet.⁶⁶ Als Reaktion auf diese Einigung hob die britische Seite die Verordnung 118 auf, so dass das WDR-Gesetz zum 1.2.1955 in Kraft treten konnte und der WDR offiziell gegründet war. Letztlich musste Arnold den Preis eines auf das nordrhein-westfälische Landesgebiet begrenzten Versorgungsgebiets zahlen, um die organisatorische Unabhängigkeit bewilligt zu bekommen.

Alles in allem stellte die Gründung des WDR eine institutionelle Fragmentierung des europäischen Rundfunkraumes dar, die als ein rein politisches Projekt betrachtet werden muss. Der Wunsch, eine nordrhein-westfälische Identität bzw. ein nordrhein-westfälisches Landesbewusstsein zu schaffen und die zentrale Rolle, welche dem Rundfunk bei der Schaffung dieser Identität zukommen konnte, sollten sich als die entscheidenden Faktoren erweisen. Das europäische Regulierungsregime, bestehend aus der Europäischen Rundfunkunion und der Internationalen Telekommunikationsunion, blieb indes von der institutionellen Fragmentierung unberührt. Dort waren nämlich ausschließlich die ARD als Dachverband der Rundfunkstationen und das Bundespostministerium als Regierungsvertreter für die Nutzung von Funkfrequenzen vertreten.

Fazit

Durch die Betrachtung der technischen, symbolischen und institutionellen Ebene konnte nachverfolgt werden, wie das Streben nordrhein-westfälischer Politiker und Rundfunkbetreiber nach regionalem Rundfunk den Europäischen Rundfunkraum gleichzeitig fragmentierte wie auch integrierte. Die drei Ebenen der Analyse

⁶⁵ Archiv für Christliche-Demokratische Politik (Sankt Augustin), Bestand Nachlass Beissel, 01-423-001/3, Monatsbericht der Hamburger CDU, August 1954.

⁶⁶ Mark Lührs, ‚Aus eins mach‘ zwei: Die Auflösung des NWDR‘, in: Peter von Rüdén, Hans-Ulrich Wagner (Hgs.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Hamburg 2005, S. 390–443.

beeinflussten sich auf vielfältige Weise gegenseitig. Fragmentierung in Form der Regionalisierung des europäischen Rundfunkraums und Integration in Form einer transnationalen europäischen Entwicklung der UKW-Rundfunktechnik stellten eine Einheit dar. In der gleichen Weise wie die technische Entwicklung die Aufspaltung des NWDR eigentlich erst ermöglichte, so förderten die Separationsbestrebungen auch die technologische Entwicklung. Einerseits hätte Nordrhein-Westfalen – zumindest zu diesem Zeitpunkt – kein eigenes Rundfunkprogramm oder eine eigenständige Rundfunkorganisation erhalten, wenn nicht ein europäisches Abkommen eine technische wie juristische Grundlage geschaffen hätte. Andererseits wäre das Stockholmer Abkommen wohl nicht 1952 abgeschlossen worden, wenn Nordrhein-Westfalen nicht nach rundfunkpolitischer Unabhängigkeit gestrebt hätte.

Rückt man die einzelnen Ebenen getrennt in den Fokus, dann lassen sich Integrations- und Fragmentierungsprozesse mit graduellen Unterschieden erkennen. (1) Auf der technischen Ebene wurden europaweit UKW-Rundfunkfrequenzen verteilt, Standards vereinbart und ein europäisches Sendernetz konzipiert. Die bestehenden europäischen Rundfunknetze auf Lang- und Mittelwellen wurden durch UKW noch engmaschiger gestaltet. In dieser Hinsicht integrierte sich der europäische Rundfunkraum durch die nordrhein-westfälischen Bemühungen. (2) Auf der symbolischen Ebene stellte das UKW-Programm keine nennenswerte Zäsur dar, wenngleich regionale Programme in ihrer Quantität zunahmen. Allerdings enthielt das Programm weder in außerordentlich hohem Maße regionale Spezifika noch fragte der Zuschauer solche Programmangebote nach. Nichtsdestotrotz war das UKW-Programm von hohem symbolischem Wert. Wenn Nordrhein-Westfalen aber symbolisch über das UKW-Programm erfunden wurde, so beruhte dies weniger auf den Inhalten der Programme als vielmehr auf der bloßen Existenz des Programms. Zumal sowohl die Hörer als auch Programmplaner Wert auf Vermittlung von europäischen und weltbedeutenden Ereignissen legten. In dieser Hinsicht kann allenfalls eine moderate Fragmentierung des europäischen Rundfunkraums konstatiert werden. (3) In institutioneller Hinsicht spaltete sich der NWDR in mehrere regionale Sendeanstalten auf, wodurch eine deutliche Fragmentierung des europäischen Rundfunkraums erzeugt wurde, die sich indes ausschließlich national bemerkbar machte.

Markante Unterschiede werden sichtbar, wenn man die Intentionen der beteiligten Akteure in den Blick nimmt. (1) Techniker wie Werner Nestel versuchten in erster Linie einen besseren Rundfunkservice anzubieten und die Qualität der Übertragungen zu steigern. Die ‚Erfindung Nordrhein-Westfalens‘ spielte in ihren Kalkulationen keine entscheidende Rolle. Im Gegenteil, man versuchte vielmehr durch die forcierte technologische Entwicklung des UKW-Rundfunks die institutionelle Fragmentierung zu verhindern. (2) Landespolitiker wie Karl Arnold betrachteten eine unabhängige nordrhein-westfälische Rundfunkorganisation als

ein bedeutsames politisches Symbol. Diese Motivation alleine reichte allerdings nicht aus, um die Abspaltung des WDR erfolgreich durchzuziehen. In diesem Fall hätte man sich um die Realisierung einer unabhängigen Rundfunkorganisation schon 1950 mit dem Beginn von UKW-West bemüht. Erst als sich der Wunsch nach einer Landesidentität in der Landespolitik etabliert hatte, wurde die symbolische Repräsentation Nordrhein-Westfalens im Rundfunk als derart bedeutsam empfunden, dass man diese auch versuchte gegen Widerstände konsequent durchzusetzen. (3) Die Programmproduzenten in Köln verfolgten nicht die Absicht Nordrhein-Westfalen ‚zu erfinden‘. Wie die Rundfunktechniker so wollten sie in erster Linie einen verbesserten Rundfunkdienst anbieten. UKW-West betrachteten sie primär als ein Zusatzangebot, um den Rundfunk in Nordrhein-Westfalen insgesamt auf eine breitere Programmbasis zu stellen. Im neuen Programm sahen sie folglich einen Konkurrenten der etablierten Mittelwellenprogramme mit lediglich einer Nuance Regionalität.

Insgesamt ist es bemerkenswert, dass für jede Analyseebene ein unterschiedliches Fazit gezogen werden kann, obgleich die einzelnen Entwicklungen hochgradig interdependent waren. Genauso wie eine isolierte Geschichte eines erfolgreichen technologischen Integrationsprozesses erzählt werden kann, lässt sich eine isolierte Geschichte der Abspaltung einer regionalen Rundfunkorganisation in Nordrhein-Westfalen erzählen, die auf den ersten Blick kaum als ein Aspekt europäischer Geschichte erscheint.

Mit der Gründung des WDR im Jahr 1955 war die Regionalisierung des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen allerdings noch nicht abgeschlossen. Schon 1953 hatte sich im Landesteil Westfalen ein Rundfunkausschuss aus Parteien, Kirchen, Universitäten und Verbänden formiert, der die westfälischen Programmanteile als zu gering anprangerte und eine stärkere Berücksichtigung lokaler Ereignisse und Berichte einforderte. Derartige Forderungen konnten dann in den 1960er Jahren im Zuge der Einführung eines dritten UKW-Programms befriedigt werden.⁶⁷ Spannend wäre es auch nach den Veränderungen (Fragmentierung und Integration) im europäischen Rundfunkraum zu fragen, die sich beim Radio durch den Verlust der Funktion als Leitmedium in den 1960er Jahren ergaben.

⁶⁷ Leo Flamm, Westfalen und der WDR, in: Walter Först (Hg.), *Rundfunk in der Region*, Köln 1984, S. 205–250.

